

2022.SR.000123

**Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Simone Richner, FDP):
Einfluss der Teuerung auf die Budgetdebatte der Stadt Bern**

Die Stadt Bern (Gesamthaushalt) hatte per 31. Dezember 2021 CHF 530'570'499 kurzfristige Schulden und CHF 2'719'416'644 langfristige Schulden. Dies bei einem Selbstfinanzierungsgrad von noch 70.6% (Gesamthaushalt) bzw. 61.9% (Allgemeiner Haushalt).

Seit dem 31. Dezember 2021 hat sich die finanzpolitische Lage nach der Pandemie massgeblich aufgrund des Angriffs von Russland auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und des nun herrschenden Krieges noch einmal drastisch verschärft. Güterknappheit und eine hohe Inflation sind gegenwärtig und stellen sowohl für Private als auch den Staat eine grosse Herausforderung dar.

Zumal in den nächsten Wochen die Budgetdebatte der Stadt Bern ansteht, bitten wir den Gemeinderat höflich, aufzuzeigen, wie die gegenwärtige Teuerung berücksichtigt werden müsste, würde der Gemeinderat das Budget 2023 heute festlegen. Konkret:

1. Müssten aufgrund der Teuerung höhere als bisher budgetierte Zinsaufwände eingestellt werden?
2. Müssten (insbesondere mit Blick auf die hohe Schuldenlast der Stadt Bern) ausserordentliche Massnahmen (z.B. raschere Ablösung von Verbindlichkeiten) getroffen werden?

Bern, 18. August 2022

Erstunterzeichnende: Florence Schmid, Simone Richner

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Berechnungen der im Budget 2023 eingestellten Zinsaufwendungen erfolgten zu Jahresbeginn 2022, als sich noch kein deutlicher Zinsanstieg abzeichnete. Im Budget 2023 ist ein Zinsaufwand von 12,9 Mio. Franken berücksichtigt. Unter Einbezug der aktuellen Kenntnisse müssten momentan Zinskosten von 16,2 Mio. Franken eingestellt werden, was einem zusätzlichen Aufwand von 3,3 Mio. Franken entspricht.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat sieht aktuell keine Veranlassung, ausserordentliche Massnahmen im Bereich der Fremdfinanzierung zu treffen. Die Fälligkeiten der bestehenden Schulden sind gut über die Jahre verteilt, womit das Refinanzierungsrisiko limitiert ist.

Bern, 14. September 2022

Der Gemeinderat